

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

47. Sitzung

Berlin, Mittwoch, den 4. Juni 2003

Tagesordnungspunkt 3:

Fragestunde

(Drucksache 15/1077).....

3916 D

Erhalt des Standortes der Bundesforschungsanstalt für Viruskrankheiten der Tiere in Wusterhausen

MdIANfr 21 **Petra Pau** fraktionslos

Antw PStSchr Matthias Berninger BMVEL

3933 B

ZusFr Petra Pau fraktionslos

3933 C

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Ich rufe die Frage 21 der Kollegin Pau auf:

Welche Erwartungen hat die Bundesregierung an die Landesregierung Brandenburg, um den Erhalt des Standortes Wusterhausen der Bundesforschungsanstalt für Viruskrankheiten der Tiere, BFAV, durch geeignete Vereinbarungen über die langfristige Nutzung der Liegenschaft zu ermöglichen?

Matthias Berninger, Parl. Staatssekretär bei der Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft:

Frau Kollegin, die Bundesregierung macht die Entscheidung über die Zukunft der Bundesforschungsanstalt für Viruskrankheiten der Tiere in Wusterhausen von einer sinnvollen Konzeption dieses gesamten nachgeordneten Forschungsbereichs abhängig. Die Bundesforschungsanstalt ist an drei Standorten vertreten, und zwar in Jena, auf der Insel Riems und in Wusterhausen. Hinzu kommt der ehemalige Standort Tübingen, der sich in Abwicklung befindet.

Aus unserer Sicht ist es wichtig, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unter fachlichen Gesichtspunkten an den optimalen Stellen arbeiten. Vor diesem Hintergrund geht es uns nicht in erster Linie darum, mit dem Land Brandenburg über vernünftige Standortbedingungen in Wusterhausen zu verhandeln, sondern darum, mit den Fachleuten an den drei Standorten ein für die Wissenschaft optimales Konzept auszuarbeiten.

Die Bedeutung der Arbeit der Virusforschung ist in den vergangenen Tagen noch einmal unterstrichen worden, als die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Wusterhausen bei dem Auftreten der Geflügelpest in Nordrhein-Westfalen hervorragende Arbeit geleistet – das wurde auch von allen

Parteien im zuständigen Fachausschuss bestätigt – und damit dazu beigetragen haben, die Ausbreitung der Geflügelpest in den Griff zu bekommen.

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Zusatzfrage.

Petra Pau (fraktionslos):

Herr Staatssekretär, das, was Sie gesagt haben, ist richtig. Auch mir ist natürlich aufgefallen, dass man unter dem Eindruck der aktuellen Ereignisse und der Leistungen der genannten Einrichtung nicht nur über ein Gesamtkonzept, sondern auch über die Weiterentwicklung der Einrichtungen dieser Bundesforschungsanstalt nachdenkt. Können Sie bestätigen, dass ein Angebot der Landesregierung Brandenburg zur Sicherung einer langfristigen Nutzung dieser Liegenschaft Ihren Entscheidungsprozess sozusagen positiv beeinflussen würde?

Matthias Berninger, Parl. Staatssekretär bei der Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft:

Nein, das kann ich deshalb nicht bestätigen, weil ich gerade bei der Beantwortung Ihrer schriftlich eingereichten Frage das genaue Gegenteil deutlich gemacht habe. Uns geht es nicht darum, mit dem Land Brandenburg etwa über die Frage, wie ein solcher Standort herzurichten ist, zu feilschen. Wir machen unsere Entscheidung vielmehr davon abhängig, ob die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler am besten in Wusterhausen, in Jena oder in Riems oder auf diese Orte verteilt arbeiten können; denn die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Bundesforschungsanstalt müssen, wie der Fall der Geflügelpest gezeigt hat, hoch mobil sein. Es ist nicht relevant, an welchem Standort sie arbeiten, sondern ob sie ein optimales wissenschaftliches Umfeld haben.

Hinzu kommt die Frage der Wirtschaftlichkeit. Wir sind gezwungen, einen Beschluss des Deutschen Bundestages von 1996 zur Neuordnung des nachgeordneten Bereichs in unserer Ressortforschung umzusetzen. Damals sind uns wirtschaftliche und personalwirtschaftliche Auflagen gemacht worden, die mit einer Rolle spielen. Aber in Fragen der Neuordnung wollen wir nicht mit einzelnen Landesregierungen über Standorte feilschen, sondern die optimalen Arbeitsbedingungen für die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler langfristig sichern.

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Eine weitere Zusatzfrage.

Petra Pau (fraktionslos):

Eine letzte Nachfrage: Bis wann rechnen Sie mit einer Entscheidung über die Umstrukturierung bzw. ein Konzept? Es geht ja auch darum, Sicherheit sowohl für die betroffenen Bundesländer als auch für die Beschäftigten zu schaffen, die sicherlich hoch mobil und motiviert sein müssen.

Matthias Berninger, Parl. Staatssekretär bei der Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft:

In der Vergangenheit hatte sich die Standortentscheidung auf zwei Standorte, nämlich Riems und Wusterhausen, zugespitzt. Durch entsprechende Änderungen der Zuständigkeiten in dieser Wahlperiode ist der Standort Jena neu hinzugekommen, welcher in die Erwägungen einbezogen wurde. Das führte zu Verzögerungen. Wir denken aber, dass es im Sinne der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist, wenn möglichst bald Klarheit geschaffen wird. Ich gehe davon aus, dass uns das in den nächsten Monaten gelingen wird. Gleichwohl ist aus unserer Sicht diese Verzögerung sinnvoll, weil wir mit dem Hinzukommen von Jena als Standort weitere Beiträge zur Optimierung der Forschungsarbeit leisten können.

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Weitere Fragen zu diesem Geschäftsbereich liegen nicht vor.